

Wohn- und Teilhabegesetz, Alten- und Pflegegesetz: WTG, APG

Dickmann

3., überarbeitete Auflage 2019
ISBN 978-3-406-74359-7
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Landesrecht
Nordrhein-Westfalen



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

WTG
Wohn- und Teilhabegesetz
APG
Alten- und Pflegegesetz

Kommentar

von

Frank Dickmann
Rechtsanwalt in Bonn/Euskirchen

3., überarbeitete Auflage 2019

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG





www.beck.de

ISBN 9783406743597

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: jürgen ullrich typesatz, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

In Nordrhein-Westfalen nahmen im Jahre 2017 rund 770 000 Menschen Leistungen der Pflegeversicherung in Anspruch, 2009 (s. Voraufgabe) waren es noch rund 510 000¹. Davon lebten rund 170 000 Menschen in stationären Einrichtungen (2009: 155 000) und rund 120 000 Menschen nahmen ambulante Pflegedienste in Anspruch (2009: 180 000). Die Dynamik der Zahlen im Acht-Jahres-Abstand spricht für sich. Im Vorwort der Voraufgabe konnte noch aus den Gesetzgebungsmaterialien referiert werden, dass die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2030 über 750 000 steigen werde. Diese Zahl ist schon jetzt überschritten, wobei Ursachen sicher auch im neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff liegen werden, der die Zahl der Anspruchsberechtigten nach SGB XI deutlich erhöht hat. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird bis auf rund eine Million (im Jahr 2050) ansteigen, bevor wieder ein Rückgang zu erwarten ist (Prognose nach altem Pflegebedürftigkeitsbegriff). Dem starken Anstieg der Zahl pflegebedürftiger Menschen steht ein Stagnieren bzw. langfristig sogar ein leichter Rückgang der Gesamtbevölkerung gegenüber. Dies zeigt, vor welchen enormen Herausforderungen die Betroffenen, ihre Familien, die Einrichtungen und ihre Beschäftigten, sowie die Pflegeversicherung, Sozialhilfe und damit die politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen stehen.

Im Zuge der Föderalismusreform zum 1. September 2006 ist die Gesetzgebungskompetenz für die öffentliche Fürsorge, soweit sie das Heimrecht betrifft, vom Bund auf die Bundesländer übergegangen. Nordrhein-Westfalen hatte mit dem Gesetz über das Wohnen mit Assistenz und Pflege in Einrichtungen (Wohn- und Teilhabegesetz – WTG) im Jahre 2008 als einer der ersten Bundesländer die neu gewonnene Gesetzgebungskompetenz ausgenutzt. Nach rund sechs Jahren wurde das Gesetz 2014 abgelöst.

Das nordrhein-westfälische „Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiestarken, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen“ (GEPA NRW) vom 2. Oktober 2014 wurde am 15. Oktober 2014 verkündet.

Das GEPA umfasst das Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) und das Wohn- und Teilhabegesetz (WTG).

Die klammerartige Struktur des GEPA lässt die Absicht des Gesetzgebers erkennen, die zwei bislang unabhängig voneinander geregelten Materien des APG und des WTG zusammenzuführen. Während das APG (wie zuvor das PfG NW) als Ausführungsgesetz zum SGB XI die pflegerische Infrastruktur im Land sowie deren finanzielle Förderung regelt, ist im WTG das besondere Ordnungsrecht niedergelegt.

Zu beiden Gesetzen sind Durchführungsverordnungen ergangen (APG DVO und WTG DVO). Sie sind im Anhang abgedruckt.

WTG und APG sowie die dazugehörigen Verordnungen sind seit 2014 mehrfach geändert worden, zuletzt umfangreich (jedenfalls das WTG) 2019.

Literatur und Rechtsprechung sind bis Juli 2019 berücksichtigt.

Ich danke meiner Frau Ira Bettina Dickmann und den Partnern der Wirtschaftsprüfungs-, Steuerberatungs- und Rechtsberatungskanzlei dhpG für ihre Unterstützung,

¹ Alle statistischen Angaben IT.NRW.

Vorwort

Frau Mag. iur. Andrea Wilts (dhpg) für das Gegenlesen und Recherchearbeiten und dem Lektor Herrn Stefan Tischler für die wohlwollende bewährte verlagsseitige Betreuung des Werkes.

Bonn/Euskirchen, im August 2019

Frank Dickmann



Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXV
Einführung	1

WTG NRW

Teil 1. Allgemeiner Teil

Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften	11
§ 1 Zweck des Gesetzes	11
I. Allgemeines	12
II. Einzelne Zwecke (Abs. 1)	13
1. Schutz der Würde, der Rechte, der Interessen und der Bedürfnisse der Nutzer vor Beeinträchtigungen (Satz 1, erster Satzteil)	13
2. Positive Gestaltung der Rahmenbedingungen für Betreuungs- und -Pfle- gekräfte (Satz 1, zweiter Satzteil)	13
3. Sicherung der Einhaltung der den Leistungsanbieterinnen und -Leis- tungsanbietern obliegenden Pflichten (Satz 1, dritter Satzteil)	14
4. Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens (Satz 2, erster Satzteil)	14
5. Unterstützung von Mitwirkung und Mitbestimmung (Satz 2, zweiter Satzteil)	14
6. Förderung der Transparenz über Gestaltung und Qualität von -Betreu- ungsangeboten (Satz 2, dritter Satzteil)	14
7. Zusammenarbeit der Behörden (Satz 2, vierter Satzteil)	14
8. Gleichgewichtung aller Angebotsformen	15
III. Besonders hervorgehobene Zwecke (Abs. 2)	15
1. Sicherstellung der angemessenen Berücksichtigung der kulturellen und religiösen Belange (Satz 1, Variante 1)	15
2. Sicherstellung der angemessenen Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Männern und Frauen (Satz 1, Variante 2)	15
3. Sicherstellung der angemessenen Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität (Satz 1, Variante 3)	15
4. Schutz vor Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch (Satz 2)	15
IV. Pflichten der Leistungsanbieter (Abs. 3)	15
V. Katalog des Abs. 4	16
VI. Selbständigkeit der Träger in Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufga- ben	16
§ 2 Geltungsbereich	17
I. Allgemeines	17
II. Allgemeines zum Geltungsbereich (Abs. 1)	18

Inhaltsverzeichnis

III. Positiver Typenkatalog (Abs. 2)	19
IV. Negativabgrenzungen (Abs. 3)	20
V. Begriffskonkurrenz (Abs. 4)	20
VI. Bestandsschutz, Übergangsregelungen	21
§ 3 Begriffsbestimmungen	21
I. Allgemeines	22
II. Einzelne Begriffsbestimmungen	22
1. Betreuung und Betreuungsleistungen (Abs. 1)	22
2. Leistungsanbieter (Abs. 2)	23
3. Nutzer (Abs. 3)	23
4. Beschäftigte (Abs. 4)	23
5. Fachkräfte (Abs. 5)	23
6. Mitwirkung und Mitbestimmung (Abs. 6 und Abs. 7)	24
Kapitel 2. Gemeinsame Anforderungen an alle Wohn- und Betreuungsangebote	25
§ 4 Allgemeine Anforderungen	25
I. Allgemeines	27
II. Erläuterungen	27
1. Fachlichkeit (Abs. 1)	27
2. Zuverlässigkeit (Abs. 2)	28
3. Qualitätsmanagement (Abs. 3)	29
4. Infektionsschutz und Hygieneanforderungen (Abs. 4)	30
5. Palliativversorgung (Abs. 5)	30
6. Örtliche Lage des Wohnangebots (Abs. 6)	30
7. Verhältnis zur Landesbauordnung (Abs. 7)	30
8. Persönliche und fachliche Eignung der Beschäftigten (Abs. 8)	30
9. Personaleinsatzplanung und Anforderungen an Leitungskräfte (Abs. 9) ..	32
10. Betreuende Tätigkeiten (Abs. 10)	33
11. Vorbehaltsaufgaben der Fachkräfte (Abs. 11)	33
12. Pflegerische Prozesse und Betreuungsprozesse (Abs. 12)	33
13. Selbstbestimmungsrecht der Nutzerinnen und Nutzer (Abs. 13)	34
§ 5 Teilhabe am Leben in der Gesellschaft	34
I. Allgemeines	35
II. Erläuterungen	35
§ 6 Informationspflichten, Beschwerdeverfahren	36
I. Allgemeines	36
II. Erläuterungen	36
1. Informationspflichten (Abs. 1)	36
2. Beschwerdeverfahren (Abs. 2)	38
§ 7 Leistungen an Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter und deren Beschäftigte	38
I. Allgemeines	39
II. Erläuterungen	41
1. Leistungsannahmeverbot (Abs. 1)	41
2. Zulässige Finanzierungsbeiträge (Abs. 2)	48
3. Spenden an gemeinnützige Leistungsanbieter (Abs. 3)	48

Inhaltsverzeichnis

4. Ausnahme auf Antrag (Abs. 4)	49
5. Räumlicher Anwendungsbereich	50
§ 8 Gewaltprävention, freiheitsbeschränkende und freiheitsentziehende Maßnahmen	51
I. Allgemeines	51
II. Erläuterungen	51
1. Gewaltprävention (Abs. 1)	51
2. Freiheitsbeschränkende und freiheitsentziehende Maßnahmen (Abs. 2) ...	52
§ 9 Anzeigepflichten	53
I. Allgemeines	53
II. Erläuterungen	53
1. Anzeigepflichtungen bei Betriebsaufnahme (Abs. 1)	53
2. Anzeigepflichtungen bei Änderungen	54
3. Beabsichtigte vollständige oder teilweise Einstellung des Angebots (Abs. 3)	54
4. Anzeigepflichten bei Insolvenznähe (Abs. 4)	55
III. Verordnung	56
§ 10 Dokumentationspflichten	58
I. Allgemeines	58
II. Erläuterungen	58
Kapitel 3. Qualitätssicherung	60
§ 11 Anspruch auf Information und Beratung	60
I. Allgemeines	60
II. Erläuterungen	60
1. Anspruch auf Information und Beratung (Abs. 1)	60
2. Auskünfte nach dem Informationsfreiheitsgesetz NRW und Datenschutz (Abs. 2)	61
§ 12 Abwägungsgebot und einheitliche Rechtsanwendung	62
I. Allgemeines	62
II. Erläuterungen	63
1. Ermessensentscheidungen und Teilhabe (Abs. 1)	63
2. Einheitliche Rechtsanwendung (Abs. 2)	63
§ 13 Möglichkeit begründeter Abweichung von Anforderungen	63
I. Allgemeines	64
II. Erläuterungen	64
1. Grundregel (Abs. 1)	64
2. Insbesondere: Ausnahmen von den Anforderungen an die Wohnqualität im Falle der Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit einer baulichen Anpassung (Abs. 2)	65
3. Allgemeiner Ausnahmetatbestand (Abs. 3)	66
4. Antragsverfahren (Abs. 4)	66
§ 14 Durchführung der behördlichen Qualitätssicherung	66
I. Allgemeines	68
II. Erläuterungen	69
1. Grundnorm und Regelprüfungen (Abs. 1)	69

Inhaltsverzeichnis

2. Anlassprüfungen (Abs. 2)	70
3. Ankündigung, Zeitpunkt und Auskunftspflichten (Abs. 3)	70
4. Berücksichtigung anderweitiger Prüfergebnisse sowie der Baugenehmigung (Abs. 4)	73
5. Einzelne Befugnisse im Rahmen der Überwachung (Abs. 5)	73
6. Befugnisse bei dringender Gefahr (Abs. 6)	77
7. Elektronische Datenverarbeitung (Abs. 7)	77
8. Datenschutz und Einwilligung (Abs. 8)	77
9. Schriftlicher Prüfbericht (Abs. 9)	78
10. Veröffentlichung der wesentlichen Ergebnisse des Prüfberichts (Abs. 10)	78
11. Veröffentlichung und Rechtsbehelfe (Abs. 11)	80
12. Qualifikation der prüfenden Personen und Tätigkeitsbericht (Abs. 12) ...	81
§ 15 Mittel der behördlichen Qualitätssicherung	81
I. Allgemeines	82
II. Erläuterungen	83
1. Beratung bei Mängeln (Abs. 1)	83
2. Anordnungen (Abs. 2 Satz 1)	86
3. Aufnahmeuntersagung (Belegungsstopp) als besondere Form der Anordnung (Abs. 2 Satz 2)	88
4. Untersagung (Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3)	89
5. Veranlassung einer Qualitätsprüfung nach SGB XI (Abs. 4)	90
6. Beschäftigungsverbot (Abs. 5)	90
7. Kontrollmitteilungen im Hinblick auf Beschäftigte (Abs. 6)	92
8. Kontrollmitteilungen im Hinblick auf Leistungsanbieter und Einrichtungsleitungen (Abs. 7)	92
9. Verfahren bei mehreren Leistungsanbietern (Abs. 8)	92
10. Mündliche Anordnungen (Abs. 9 Satz 1)	92
11. Wirkung von Anfechtungsklagen (Abs. 9 Satz 2)	93
§ 16 Ombudsperson	93
§ 17 Arbeitsgemeinschaft zur Beratung der Landesregierung	94
I. Allgemeines	95
II. Erläuterungen	95
Teil 2. Besonderer Teil	97
Kapitel 1. Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot	97
§ 18 Begriffsbestimmung	97
I. Allgemeines	97
II. Erläuterungen	97
1. Einrichtungsbegriff (Abs. 1)	97
2. Überschaubarkeit und Standortbezogenheit	99
§ 19 Grundsätzliche Anforderungen	100
I. Allgemeines	100
II. Erläuterungen	101
1. Anforderungen nach Abs. 1	101

Inhaltsverzeichnis

2. Besuchsverbote (Abs. 2)	102
3. Zusammenwirken mehrere Leistungsanbieter (Abs. 3)	103
§ 20 Anforderungen an die Wohnqualität	103
I. Allgemeines	104
II. Erläuterungen	104
1. Anforderungskatalog des Abs. 1	104
2. Kapazitätsgrenze des Abs. 2	106
3. Einzelzimmerquote, Sanitärräume (Abs. 3)	106
4. Verbot der Mehrbettzimmer (Abs. 4)	107
5. Gestaltung der Individualbereiche; Mitspracherecht (Abs. 5)	107
6. Abweichungen	107
§ 21 Personelle Anforderungen	107
I. Allgemeines	108
II. Erläuterungen	109
1. Einrichtungsleitung (Abs. 1)	109
2. Pflegedienstleitung, verantwortliche Fachkraft (Abs. 2)	110
3. Beschäftigtenzahl, Qualifikation (Abs. 3)	110
4. Fachkraftquote (Abs. 4)	111
5. Weitere Fachkraftregelungen (Abs. 5)	111
§ 22 Mitwirkung und Mitbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer	112
I. Allgemeines	113
II. Beirat	114
1. Repräsentative Interessenvertretung, Beirat, Aufgabenkatalog (Abs. 1 sowie § 10 WTG DVO)	114
2. Neutralitätsgebot (Abs. 2 Satz 1)	115
3. Mitwirkung (Abs. 2 Satz 2 und § 12 WTG DVO)	115
4. Mitbestimmung (Abs. 2 Satz 3 und § 11 WTG DVO)	115
5. Grundsätze der Zusammenarbeit von Beirat und Einrichtungsleitung (§ 13 WTG DVO)	116
6. Größe des Beirats (§ 14 WTG DVO)	116
7. Aktives und passives Wahlrecht (Abs. 3)	117
8. Wahlverfahren (§§ 15, 16 WTG DVO)	118
9. Amtszeit des Beirates, Ende der Mitgliedschaft, Nachrücken von Ersatzmitgliedern (§§ 17, 18 WTG DVO)	118
10. Innere Ordnung des Beirats (§ 19 WTG DVO)	119
11. Nutzerversammlung (Abs. 4)	119
12. Räumlichkeiten, Kostentragung (Abs. 9)	119
III. Beratungsgremium (Abs. 5)	120
IV. Vertretungsgremium (Abs. 7 Satz 1)	120
V. Vertrauensperson (Abs. 7 Sätze 2 und 3)	120
VI. Vorschriften für alle Interessenvertretungen	120
1. Unterrichtung der Nutzer, Abweichungen (Abs. 6)	120
2. Unentgeltlichkeit, Ehrenamtlichkeit, Benachteiligungs- und Bevorteilungsverbot (Abs. 8)	120
3. Zutritt (Abs. 10 Satz 1)	121
4. Anspruch auf Anhörung in den Gremien des Leistungsanbieters (Abs. 10 Satz 2)	121

Inhaltsverzeichnis

§ 23 Behördliche Qualitätssicherung	121
I. Allgemeines	121
II. Erläuterungen	121
Kapitel 2. Wohngemeinschaften mit Betreuungsleistungen	122
§ 24 Begriffsbestimmung	122
I. Allgemeines	123
II. Erläuterungen	124
1. Wohngemeinschaften mit Betreuungsleistungen (Abs. 1)	124
2. Selbstverantwortete Wohngemeinschaften (Abs. 2)	125
3. Anbieterverantwortete Wohngemeinschaften (Abs. 3)	127
4. Ergänzende Kriterien (Abs. 4)	127
5. Leistungsangebot für schwerstpflegebedürftige Nutzer (Abs. 5)	127
§ 25 Selbstverantwortete Wohngemeinschaften	128
§ 26 Grundsätzliche Anforderungen an anbieterverantwortete Wohngemeinschaften	128
I. Allgemeines	129
II. Erläuterungen	129
1. Integration in den Sozialraum (Abs. 1)	129
2. Kooperation bei mehreren Leistungsanbietern (Abs. 2)	130
3. Konkretisierung zur Vereinbarung nach Abs. 2 (Abs. 3)	130
4. Konzept bei einem Leistungsanbieter (Abs. 4)	130
5. Besuchsverbote (Abs. 5)	130
6. Maximalgrößen für Anbieter verantwortete Wohngemeinschaften (Abs. 6)	130
§ 27 Anforderungen an die Wohnqualität	130
I. Allgemeines	131
II. Erläuterungen	131
1. Allgemeine Anforderungen (Abs. 2, § 25 WTG DVO)	131
2. Individualbereiche (Abs. 1, 2, 3, § 26 WTG DVO)	131
3. Gemeinschaftsbereiche (Abs. 2, § 27 WTG DVO)	132
§ 28 Personelle Anforderungen	132
I. Allgemeines	132
II. Erläuterungen	133
1. Verantwortliche Fachkraft (Abs. 1)	133
2. Ständige Anwesenheit (Abs. 2 Satz 1)	133
3. Rufbereitschaft und Erreichbarkeit (Abs. 2 Satz 2)	133
4. Personelle Anforderungen im Leistungsbereich Hauswirtschaft (Abs. 3) ..	133
§ 29 Mitwirkung und Mitbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer	134
I. Allgemeines	134
II. Erläuterungen	134
1. Mitwirkung und Mitbestimmung durch die Nutzerversammlung (Abs. 1 Satz 1 und §§ 28, 31, 32 WTG DVO)	134
2. Wahrnehmung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte durch Vertreter (Abs. 1 Satz 2)	135
3. Mitwirkung (Abs. 2 Satz 1)	135
4. Mitbestimmung (Abs. 2 Satz 2)	135

Inhaltsverzeichnis

§ 30 Behördliche Qualitätssicherung	136
I. Allgemeines	136
II. Erläuterungen	136
1. Qualitätssicherung in selbstverantworteten Wohngemeinschaften (Abs. 1) .	136
2. Qualitätssicherung in anbieterverantworteten Wohngemeinschaften (Abs. 2 und 3)	137
Kapitel 3. Servicewohnen	137
§ 31 Begriffsbestimmung	137
I. Allgemeines	137
II. Erläuterungen	138
§ 32 Anforderungen und Qualitätssicherung	140
I. Allgemeines	140
II. Erläuterungen	140
1. Anwendbarkeit des § 7 und Anzeigepflicht nach § 9 Abs. 1 Satz 1 (Abs. 1)	140
2. Kompetenz nach OBG (Abs. 2)	141
Kapitel 4. Ambulante Dienste	141
§ 33 Begriffsbestimmung	141
I. Allgemeines	141
II. Erläuterungen	142
§ 34 Grundsätzliche Anforderungen	142
I. Allgemeines	142
II. Erläuterungen	142
§ 35 Behördliche Qualitätssicherung	144
I. Allgemeines	144
II. Erläuterungen	144
1. Überwachung in selbstverantworteten Wohngemeinschaften (Abs. 1)	144
2. Überwachung in anbieterverantworteten Wohngemeinschaften (Abs. 2) .	145
3. Überwachung in anderen Angebotsformen (Abs. 3)	145
Kapitel 5. Gasteinrichtungen	145
§ 36 Begriffsbestimmung	145
I. Allgemeines	145
II. Erläuterungen	145
§ 37 Grundsätzliche Anforderungen	147
§ 38 Anforderungen an die Wohnqualität	147
I. Allgemeines	148
II. Erläuterungen	148
1. Anforderungen an die Wohnqualität in Hospizen (Abs. 1 und 2 sowie § 39 WTG DVO)	148
2. Anforderungen an die Wohnqualität in Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege (Abs. 3 sowie § 38 WTG DVO)	148
3. Anforderungen an die Wohnqualität in Einrichtungen der Kurzzeitbe- treuung (§ 40 WTG DVO, Abs. 4)	148

Inhaltsverzeichnis

§ 39 Personelle Anforderungen	149
§ 40 Mitwirkung und Mitbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer	149
I. Allgemeines	149
II. Erläuterungen	149
§ 41 Qualitätssicherung	150
I. Allgemeines	150
II. Erläuterungen	150
 Teil 3. Ordnungswidrigkeit, Zuständigkeit, Zusammenarbeit, Verord- nungsermächtigung	152
§ 42 Ordnungswidrigkeiten	152
I. Allgemeines	152
II. Erläuterungen	154
§ 43 Zuständigkeit	154
I. Allgemeines	155
II. Erläuterungen	155
1. Sachliche Zuständigkeit (Abs. 1)	155
2. Örtliche Zuständigkeit (Abs. 2)	155
3. Behördenaufbau (Abs. 3, 4)	156
4. Aufgaben und Kompetenzen der Aufsichtsbehörden (Abs. 3 Satz 2, Abs. 5, Abs. 6)	156
5. Interessenkollision	157
6. Geeignetheit der Behördenmitarbeiter	158
§ 44 Zusammenarbeit der Behörden	158
I. Allgemeines	159
II. Erläuterungen	159
1. Zusammenarbeit und gegenseitige Information (Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 2 Satz 1)	159
2. Datenschutz (Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 Satz 2)	159
3. Vereinbarung über Prüftätigkeiten (Abs. 3)	160
4. Übertragung von Aufgaben (Abs. 4)	160
5. Kooperation im Rahmen des Brand- und Katastrophenschutzes (Abs. 5) ..	160
§ 45 Rechtsverordnungen	160
I. Allgemeines	161
II. Erläuterungen	161
 Teil 4. Schlussvorschriften	162
§ 46 Einschränkung von Grundrechten	162
I. Allgemeines	162
II. Erläuterungen	162
§ 47 Übergangsregelungen	162
I. Allgemeines	164
II. Erläuterungen	164

Inhaltsverzeichnis

1. Wechsel des Angebotstypus (Abs. 1)	164
2. Einzelzimmer in Altenpflege-Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot (Abs. 2)	164
3. Einzelzimmer/Bädersituation in Eingliederungshilfe-Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot (Abs. 3)	165
4. Besonderheit für die Einzelzimmerquote in bestimmten genehmigten Neubauten (Abs. 4)	165
5. Übergangsregelung für anbieterverantwortete Wohngemeinschaften (Abs. 5)	165
6. Gasteinrichtungen für Menschen mit Behinderung (Abs. 6)	166
7. Bestandsschutz im Übrigen (Abs. 7)	166
8. Verlust und Fortdauer des Bestandsschutzes (Abs. 8)	166
§ 48 Bestandsschutzregelung für personelle Anforderungen	166
I. Allgemeines	166
II. Erläuterungen	167
1. Fachkräfte nach altem Recht	167
2. Fachkräfte nach dem Recht anderer Bundesländer	167
§ 49 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Ersetzung von Bundesrecht, Berichtspflicht	167
I. Allgemeines	168
II. Erläuterungen	168
1. Inkrafttreten und Außerkrafttreten des Vorläufergesetzes (Abs. 1)	168
2. Ersetzung vom Bundesrecht (Abs. 2)	168
3. Evaluation (Abs. 3)	168
4. Kostenfolgenabschätzung (Abs. 4)	168
Verordnung zur Durchführung des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG DVO)	171
APG NRW	
Teil 1. Allgemeine Bestimmungen	187
§ 1 Ziele	187
I. Allgemeines	187
II. Erläuterungen	188
1. Ziele (Abs. 1)	188
2. Selbstbestimmungsrecht (Abs. 2)	188
3. Einbeziehung der Angehörigen (Abs. 3)	188
§ 2 Gestaltung der Angebote	188
I. Allgemeines	189
II. Erläuterungen	189
1. Perspektive (Abs. 1 Satz 1)	189
2. Einzelne Aspekte (Abs. 1, 2)	190
3. Rangfolge	190
§ 3 Trägerinnen und Träger, Kooperationsgebot, Landesausschuss	190
I. Allgemeines	191
	XV

Inhaltsverzeichnis

II. Erläuterungen	191
1. Träger (Abs. 1)	191
2. Landesausschuss Alter und Pflege (Abs. 2)	191
3. Verordnungsermächtigung für den Landesausschuss Alter und Pflege (Abs. 3)	192
§ 4 Sicherstellung und Koordinierung der Angebotsstruktur	192
I. Allgemeines	192
II. Erläuterungen	192
1. Sicherstellungsauftrag hinsichtlich pflegerischer Angebote (Abs. 1)	192
2. Sicherstellungsauftrag hinsichtlich komplementärer Angebote (Abs. 2)	193
3. Subsidiarität und Trägervielfalt (Abs. 3)	193
§ 5 Zusammenwirken von Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern sowie Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen	193
I. Allgemeines	194
II. Erläuterungen	194
1. Zusammenwirkungsgebot (Abs. 1)	194
2. Vereinbarungen (Abs. 2)	195
§ 6 Beratung	195
I. Allgemeines	195
II. Erläuterungen	196
§ 7 Örtliche Planung	196
I. Allgemeines	197
II. Erläuterungen	197
1. Planungsgebot (Abs. 1)	197
2. Weitere Beteiligte und Berücksichtigung anderweitiger Planungen (Abs. 2)	197
3. Verwaltungsinterne Beteiligungen (Abs. 3)	198
4. Fristen (Abs. 4)	198
5. Veröffentlichung (Abs. 5)	198
6. Verbindliche Bedarfsplanung (Abs. 6)	198
7. Kritik der verbindlichen Bedarfsplanung	199
8. Entscheidung und Rechtsmittel	203
9. Verfall der Bestätigung	203
§ 8 Kommunale Konferenz Alter und Pflege	203
I. Allgemeines	204
II. Erläuterungen	205
§ 9 Datenverarbeitung und Auskunftspflichten	205
I. Allgemeines	205
II. Erläuterungen	206
Teil 2. Finanzierung der pflegerischen Infrastruktur	206
§ 10 Ermittlung der anerkennungsfähigen Aufwendungen stationärer Pflegeeinrichtungen	206
I. Allgemeines	208
II. Erläuterungen	208

Inhaltsverzeichnis

1. Grundlage der Finanzierung von stationären Pflegeeinrichtungen nach SGB XI (Abs. 1)	208
2. Grundsätzliche Anerkennungsfähigkeit (Abs. 2 Satz 1)	209
3. Abzug sonstiger öffentlicher Förderung (Abs. 2 Satz 2)	209
4. Betriebsnotwendige Aufwendungen (Abs. 3)	209
5. Beratung (Abs. 4)	210
6. Zeitliche Verteilung der anerkennungsfähigen Aufwendungen (Abs. 5) .	210
7. Folgeinvestitionen (Abs. 6)	210
8. Einheitlichkeitsgebot und Ausnahmen (Abs. 7)	210
9. Miet-/Pachtmodelle (Abs. 8)	211
10. Bezugnahme auf handels- und steuerrechtliche Vorgaben (Abs. 9)	211
11. Verordnungsermächtigung (Abs. 10)	211
12. Aufgabenwahrnehmung (Abs. 11)	211
§ 11 Allgemeine Grundsätze der Förderung von Pflegeeinrichtungen	212
I. Allgemeines	213
II. Erläuterungen	213
1. Grundsatz (Abs. 1)	213
2. Grundlegende Voraussetzungen nach dem SGB XI (Abs. 2)	213
3. Grundlegende Voraussetzungen nach WTG (Abs. 3)	213
4. Öffentliche Förderung (Abs. 4)	214
5. Zuständigkeit (Abs. 5)	214
6. Ermittlung der förderungsfähigen Aufwendungen (Abs. 6)	214
7. Zugrundelegung einer verbindlichen Bedarfsplanung (Abs. 7)	214
8. Verordnungsermächtigung (Abs. 8)	215
§ 12 Förderung ambulanter Pflegeeinrichtungen	215
I. Allgemeines	215
II. Erläuterungen	215
§ 13 Förderung von Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen	216
I. Allgemeines	216
II. Erläuterungen	216
§ 14 Förderung vollstationärer Dauerpflegeeinrichtungen (Pflegewohn- geld)	217
I. Allgemeines	218
II. Erläuterungen	218
1. Gewährung von Pflegewohngeld (Abs. 1)	218
2. Einsatz von Einkommen und Vermögen; Leistung von Dritten oder Trä- gern anderer Sozialleistungen (Abs. 2)	219
3. Ermittlung des einzusetzenden Einkommens und Vermögens (Abs. 3)	219
4. Unterhaltsansprüche (Abs. 4)	219
5. Gleichartige Leistungen anderer Sozialleistungsträger (Abs. 5)	219
6. Örtlicher Bezug des Berechtigten (Abs. 6)	219
7. Kein Einkommen im Sinne SGB XII (Abs. 7)	219
8. Verweis auf das SGB XII (Abs. 8)	219
9. Verordnungsermächtigung (Abs. 9)	220
§ 15 Gesonderte Berechnung nicht geförderter Aufwendungen	220
I. Allgemeines	220
II. Erläuterungen	220

Inhaltsverzeichnis

Teil 3. Weitere Angebote	220
§ 16 Komplementäre ambulante Dienste	220
I. Allgemeines	221
II. Erläuterungen	221
1. Definition der komplementären ambulanten Dienste (Abs. 1)	221
2. Sicherstellungsauftrag (Abs. 2)	221
3. Aufgaben und deren Erfüllung (Abs. 3)	222
4. Aufsicht (Abs. 4)	222
§ 17 Angebote zur Unterstützung pflegender Angehöriger	222
I. Allgemeines	222
II. Erläuterungen	222
§ 18 Einrichtungen der Behindertenhilfe	223
I. Allgemeines	223
II. Erläuterungen	223
 Teil 4. Maßnahmen des Landes	223
§ 19 Landesförderplan	223
I. Allgemeines	224
II. Erläuterungen	224
1. Landesfördererplan (Abs. 1)	224
2. Zweck und Dauer (Abs. 2)	225
3. Grundsätze der Planerstellung (Abs. 3)	225
4. Förderung auf Grundlage des Landesförderplans (Abs. 4)	225
§ 20 Bericht der Landesregierung zur Lage der Älteren in Nordrhein-Westfalen	225
I. Allgemeines	226
II. Erläuterungen	226
 Teil 5. Übergangs- und Schlussbestimmungen	226
§ 21 Verfahren	226
I. Allgemeines	226
II. Erläuterungen	226
§ 22 Übergangsregelungen	227
I. Allgemeines	228
II. Erläuterungen	228
1. Pauschale Fortgeltung (Mietmodell, Abs. 1)	228
2. Eigentumsmodell (Abs. 2)	228
3. Pflege Wohngeld (Abs. 3)	228
§ 23 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Berichtspflicht	228
I. Allgemeines	229
II. Erläuterungen	229
1. Inkrafttreten, Außerkrafttreten (Abs. 1)	229
2. Inkrafttreten von Änderungsgesetzen	229

Inhaltsverzeichnis

3. Berichtspflicht (Abs. 2)	229
4. Überprüfung der finanziellen Auswirkungen (Abs. 3)	230
Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein- Westfalen und nach § 8a SGB XI (APG DVO NRW)	231
Sachregister	253





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG